

V3 Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten 12 Wochen noch in dieser Bundestagslegislatur!

Antragsteller*in: Ingeborg Schwenger-Holst (KV Havelland)

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Wir stehen vor einer der wichtigsten Landtagswahlen in Brandenburg. Unsere
2 Verpflichtung als Bündnis90/die Grünen liegt darin, für die Menschen dieses Landes eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung zu sichern und zu fördern. Dies heißt auch, für die Selbstbestimmungsrechte der Frauen in Brandenburg dann konsequent einzutreten, wenn es um Gesetze geht, die im Bund entschieden werden. Daher setzen wir uns für die gesetzliche Verankerung der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten 12 Wochen ein. Wir werden uns als Brandenburger Landesverband soweit möglich innerparteilich für eine entsprechende Änderung des §218 bzw. Wegfall eines Teils davon noch in dieser Legislatur stark machen. Dies bedeutet u.a. eine entsprechende Aufforderung und Mandatierung unserer im Bundestag vertretenen Abgeordneten Annalena Baerbock und Michael Kellner. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, im Rahmen der auf Bundesebene wirkenden Gremien, in denen sie bzw. ihre Mitglieder vertreten sind, entsprechend des Votums der Expert*innenkommission der Bundesregierung zu stimmen.

Begründung

Das Votum der von der Bundesregierung eingesetzten Expert*innenkommission zur Prüfung des §218 ist eindeutig: Die Kommission empfiehlt die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten 12 Wochen. Dennoch wird eine Gesetzesänderung in dieser Legislatur u.a. vom amtierenden SPD Gesundheitsminister Karl Lauterbach abgelehnt. Dies mit dem Argument, man wolle keine weitere Spaltung in der Bevölkerung provozieren. Hier werden Frauenrechte, das wesentliche Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, einem Rückzug insbesondere vor Positionen von Rechtsaußen geopfert. Wir meinen, das Momentum ist jetzt! Wir können nicht darauf warten, ob ggf. im Herbst nächsten Jahres die Kräfte die Oberhand gewinnen, die sogar eine Verschärfung des Abtreibungsparagraphen wollen. Damit würde das jahrzehntelange Ringen vieler Millionen von Frauen in diesem Land für ihre Rechte zunichte gemacht. Der Kampf gegen rechts bedeutet auch ein entschiedenes Eintreten für die Rechte, die diesen Kräften ein Dorn im Auge sind: Das Recht unserer Frauen und Mädchen auf Selbstbestimmung.

Unterstützer*innen

Katherina Toth-Butzke (KV Dahme-Spreewald), Steffi Bernsee (KV Barnim), Anna Posenauer (KV Potsdam), Sophia Rädisch (KV Barnim), Martin Wandrey (KV Potsdam), Yvonne Scherzer (KV Havelland), Michael Lange (KV Havelland), Matthias Lorenz (KV Havelland), Maria Schäfer (KV Potsdam)